

Anlage -

CDU-Antrag „,mitmachen, mitreden, mitsparen’ – Sparvorschläge der Kölner Bürger:

Lfd.- Nr.:	Titel:	Vorschlagstext:
1	Downgrading Verwaltungs-Fuhrpark (möglicher Einsatz von Elektro-Autos)	Downgrading Verwaltungs-Fuhrpark (möglicher Einsatz von Elektro-Autos), d.h. die Beschaffung und Unterhaltung kostenbünstiger statt prestigeprächtiger Fahrzeuge
2	Einführung professionelles Personal- und Kosten-Controlling	Einführung professionelles Personal- und Kosten-Controlling in der Verwaltung
3	Nicht immer Vorreiter	Köln muss nicht immer EU Beschlüsse über das normale Maß hinaus umsetzen. Einheitlicher Ansprechpartner und Internet-Hauptstadt dürfen kein zusätzliches Personal bekommen. Neue, zusätzliche Aufgaben dürfen nur bei damit einhergehendem Aufgabenverzicht übernommen werden. Auch sollten solche Aufgaben zunächst befristet übernommen werden. Anschließend Prüfung unter Berücksichtigung der Frage "Was bringt das den Kölner Bürgerinnen und Bürgern für Vorteile? "
4	unsinniger U-Bahn Baustopp besser ZWISCHENNUTZEN	die meisten Kölner wollten die U-Bahn nicht. Jetzt soll Baustopp wegen klammer Kassen sein. Der Baustopp bringt weitere unsinnige Wartungskosten! Also: Entweder weiterbauen, oder: Zwischennutzen !! In der Südstadt sind DREI Bahnhöfe die dann relativ schnell für eine Zwischennutzung umgebaut werden könnten. z.B. sozialprojekte wie die Oase bzw. Winterquartier für Obdachlose... Es kann aber auch Geld verdient werden, z.B. mit Proberäumen! Veranstaltungen könnten stattfinden... Es gibt so viele Möglichkeiten aus diesem PEINLICHEN Chaoszustand in etwas positives zu wechseln. Köln würde dann sehr gut dastehen ! Köln für seine Bürger, und nicht mit dem kriminellen Klüngell!!
5	Anzahl der Ratsmitglieder reduzieren	Man sollte den Rat erheblich verkleinern. Dadurch ließen sich Sitzungsgelder einsparen. Köln braucht keine 90 Ratsmitglieder, das zeigt der Blick in andere deutsche Großstädte.
6	Umstellung auf ein kostenfreies Betriebssystem wie Linux oder BSD in allen städtischen Unternehmen	Umstellung auf ein kostenfreies Betriebssystem wie Linux oder BSD in allen städtischen Unternehmen
7	Papierlose Büros	Einführung des papierlosen Büros in der Verwaltung und den städtischen Unternehmen zur Einsparung von Papier und Druckkosten
8	Optimierung des Einkaufs durch offene Ausschreibungen (z.B.	Optimierung des Einkaufs durch offene Ausschreibungen (z.B. Software, Büroartikel, -mobiliar) innerhalb der

	Software, Büroartikel, -mobiliar)	Verwaltung	
9	Verzicht auf die Sanierung der Oper		Die Stadt konzentriert sich auf die Exzellenz als Schauspielstandort und überlässt das Gesangstheater in der Rheinschiene den Städten Bonn und Düsseldorf. Daher kann auf die Sanierung der Oper (rund 250 Mio. ?) verzichtet werden. Lediglich das Schauspielhaus wird ertüchtigt. Der städtische Haushalt wird um die anstehenden Zahlungen für Zinsen, Tilgung und Abschreibung sowie für Operensemble und -verwaltung entlastet.
10	Radfahrer		Alle Fahrräder in Köln müssen angemeldet werden (Gebührenpflichtig) und einen pauschalen jährlichen Steuersatz leisten, denn die Fahrradwege etc. müssen finanziert werden. Zusätzlich sollte der Nachweis einer Haftpflichtversicherung gefordert werden.
11	Fauenförderung auf 0 kürzen		Frauenförderung ist diskriminierend, unnötig und nicht mehr zeitgemäß. Frauenhäuser wofür? 90 % der Obdachlosen sind Männer. Frauenstudiengänge? Meiner Meinung widersprechen diese dem AGG. Ich will nicht mehr, dass mit meinem Steuergeld so ein Unfug getrieben wird.
12	Verzicht auf 4. Bürgermeister		Durch den Verzicht können bis zu 100.000? im Jahr gespart werden: 3 Büros, ein Referent, eine Sekretärin, Fahrer, Verdienstaussfall. Die lediglich repräsentativen Vertretungstermine können durchaus von den anderen drei Bürgermeister/Innen wahrgenommen werden.
13	Brückenmaut		Innenstadtmaut ist Quark. Jeder der über eine der Brücken möchte soll zahlen.
14	Sanierung		Die städtischen Gebäude kontinuierlich pflegen und instandhalten. Nach 25-30 neu zu bauen ist viel zu teuer. Aus eigener Anschauung sind z. B. Bonner Schulen in wesentlich besserem Zustand was Sauberkeit, Funktion und Wahrnehmung angeht. Strassen und Plätze sollen nicht verkommen, sondern ebenfalls kontinuierlich instand gehalten werden.
15	Vorstandsgehälter		mit Deckelung der jährlichen Vorstandsvergütungen in städtischen Unternehmen auf 100.000, - lässt sich mehr als 1 Mio. pro Jahr einsparen.
16	Kostenbegrenzung		alle Zuschüsse um 5 % gleichermaßen kürzen, dann ist niemand benachteiligt und alle sind gleich behandelt!

- 17 5 % Hürde zur Kommunalwahl wieder einführen
 Resultat: keine Einzelmandatsträger mehr im Rat (haben eh kein Stimmgewicht), Splittergruppen wie proKöln, Die Linken und demnächst vielleicht FDP, sind nicht mehr vertreten. Einsparung: mehrere Millionen pro 18Jahr an Aufwantsentschädigung, Sitzungsgelder, Mieten für Büros, EDV, Personal, weniger Ratssitzungen....etc, etc. Der demokratische Bürgerwille wird hierdurch nicht eingeschränkt, der Rat kann effizienter arbeiten und schneller entscheiden!!
- 18 Unnötige Plakataktionen vermeiden
 Die Stadt sollte keine unnötigen Plakataktionen, wie bspw. Weihnachtsgrüße des Oberbürgermeisters, für den "Kehrtag" usw. veranstalten. Ich erinnere mich, daß so etwas bis 30.000,- Euro kosten soll...
- 19 Gewinnträger belohnen - Verlustbringer bestrafen
 Einfach die Wirtschaftsregeln auf die Ämter anwenden. Gewinne und Verluste publizieren. Die Gewinnträger werden am Gewinn beteiligt. Verlustbringer werden nicht befördert, erhalten keine Gehaltserhöhungen, keine Boni oder ähnliche Vergünstigungen. Die Ämter, die 3x in Folge Verluste erwirtschaften, werden geschlossen und/oder durch einen privatwirtschaftlichen Anbieter ersetzt. Nach 3 Jahren ist der Haushalt konsolidiert!
- 20 Dienstreisen
 War zwar schon im 16. Jahrhundert Thema (s. "Buch Weinsberg"), ist aber seit eh und je aktuell: sind alle Dienstreisen von OB bzw. Ratsmitgliedern wirklich nötig bzw. wird das evaluiert? Im 1. Halbjahr 2012 habe ich (von Karneval mal abgesehen) vom OB Roters nur dann gehört, wenn er mal wieder in China, Indien usw. war.
- 21 Städtische Mitgliedschaften
 Bestimmt ist die Mitgliedschaft Kölns in Vereinen oder Organisationen grundsätzlich wichtig und richtig. Aber wann ist die Notwendigkeit der einzelnen Mitgliedschaften das letzte Mal überprüft worden? Besonders, wenn sie freiwillig ist, aber Geld kostet?
- 22 Weniger Ausschüsse
 Zahl der Ausschüsse und Mitglieder in den Ausschüssen reduzieren
- 23 City-Maut
 Wie wäre es statt City-Maut den Solidaritätszuschlag den ich schon über 20 Jahre bezahle in westliche Städte und Länder einfließen zulassen. Im Osten sind die Strassen schon besser Saniert wie bei uns im Westen.
- 24 Vorhandene Potentiale besser nutzen
 Immer wieder werden an Universitäten, Fachhochschulen und anderen (akademischen) Einrichtungen Pläne und Vorschläge bspw. für Verkehr, Bebauung usw. erarbeitet, etwa als Seminararbeiten oder ähnlich. Ich weiß nicht, ob es vielleicht sogar schon geschieht, aber sicherlich könnte die Stadt hier zielgerichteter vorgehen und z.B. bei der FH nachfragen, ob zu irgendeinem Problem dort nicht

- (vor)gearbeitet werden könnte (natürlich umsonst!)
- 25 Oper Die Leute, die in die Oper gehen, sind in der Regel gutbetuchte Leute. Daher sollte jegliche Subvention entfallen und die Preise entsprechend angepasst werden.
- 26 Rheinfertunnel Verzicht auf jede weitere Planung für die Unterführung der Rheinuferstraße unter die Nord-Süd-Stadtbahn. Sparpotenzial: 70 Millionen
- 27 Angemessene Entgeltung des Anwohnerparken Die "Bewohnerparkausweise" werden momentan zu einem stark subventionierten Preis vergeben - 30 Euro / Jahr - und fällt gegenüber den ansonsten mit dem Autoverkehr verbundenen Kosten (Versicherung, Benzin) kaum in Betracht. Eine dem Wert der öffentlichen Fläche / Verkaufswert entsprechende Bepreisung würde weit höher liegen. Auch können gerade die Bewohner in den vom Bewohnerparken betroffenen Stadtgebieten im allgemeinen gut auf öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad ausweichen. Wer zwar in einem städtischen Gebiet wohnt, aber als Pendler auf das Auto angewiesen ist, wird ja durch die Pendlerpauschale bereits entsprechend entschädigt. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, eine Neu-Bepreisung von Bewohnerparkausweisen entsprechend den folgenden Kriterien vorzuschlagen a) der entgangenen Parkgebühren b) der negativen externen Effekte (Lärmbelastung, Emissionen) c) dem Wert des öffentlichen Raums. Da die gegenwärtige Bepreisung einen Subventionscharakter hat, ist diese Gebührenanpassung nicht als "Steuererhöhung", sondern als tatsächliche Sparmaßnahme zu werden.
- 28 Beamte Reduzierung der Beamten in der Verwaltung. Somit würde der Krankenstand reduziert, da Beschäftigte lediglich Anspruch auf 6 Wochen Lohnfortzahlung haben. Die Arbeitsleistung könnte dadurch erhöht werden. Beamte sollte es lediglich im Polizeidienst und Ordnungsdienst geben.
- 29 Wahl zum Seniorenbeirat Aufwändiges Wahlverfahren abschaffen - ein Beirat kann auch ernannt werden!
- 30 Grünflächen Man könnte kleine Grünflächen an Verkehrsinseln oder Alleen oder sonstige kleine Grünflächen an Gartencenter verpachten. Und zwar unentgeltlich aber mit der Auflage, diese zu begrünen und pflegen. Dafür dürfen die Gartencenter oder Gärtner eine Werbung auf der Fläche anbringen.
- 31 Vorstandsbezüge der Chefs der städtischen Unternehmen Wie man auch im TV sehen konnte (ZDF Frontal) macht Köln wieder als Klüngelhochburg Schlagzeilen. Da verdient der Chef der Kölner Bäder sage und schreibe über 200.000 EUR, macht dabei jährlich Millionenverluste und

begründet diesen Verdienst nassforsch im ZDF mit seiner "Verantwortung". Ein Witz. Auch andere städt. Unternehmen (KVB, Rheinenergie, etcpp) besolden ihre Vorstände in einer Art und Weise dass dem Kölner Bürger die Haare zu Berge stehen. Verantwortung? Meist sind dies Monopolisten und haben mit Marktwirtschaft und Wettbewerb NICHTS am Hut. Hier bedient sich die Politik dreist aus dem Steuertopf der Kölner - seit Jahrzehnten werden "verdiente" Parteimitglieder hierhin abgeschoben, ohne Kompetenznachweis. ... Liebe Stadt: wenn du ehrlich sparen willst, dann setze bei diesen durch nichts zu rechtfertigenden Bezügen an. Es ist ein Schlag ins Gesicht aller Kölner, wenn die Stadt in diesen Krisenzeiten solche Unsummen an die Vorstände bezahlt. Ab sofort muss gelten: kein Vorstandschef einer städtischen Gesellschaft verdient mehr als unser OB!! Spareffekt: im Zeitraum von 10 Jahren einige Millionen!

- 32 Stopp den U-Bahn Bau
Der Bau der Nord-Süd Geisterbahn muss sofort gestoppt werden. Wenn die Bahn nicht nach Meschenich durchgeht, ist das völliger Blödsinn!
- 33 städtische Gesellschaften
- brutale Reduzierung städtischer Gesellschaften und damit hochbezahlter Vorstände ! - Verkauf der Stadtwerke und aller Beteiligungen, Erlös zur Tilgung der städtischen Schulden - zukünftiges Verschuldungsverbot - Reduzierung des städtischen Personal, Erhöhung der Effizienz der Verwaltung
- 34 Hohe Gehälter der Chefs städtischer oder stadtnaher Gesellschaften und Firmen
Es ist nicht einzusehen, dass Chefs städtischer und stadtnaher Gesellschaften und Firmen wesentlich höher bezahlt werden als der Oberbürgermeister der Stadt Köln. Diese Posten sollten an solche Bewerber vergeben werden, die die entsprechende Befähigung nachweisen können; öffentlich ausgeschrieben sollten diese Posten werden. Warum soll der Chef der Verwaltung, der viel mehr Angestellte unter sich hat als die oben genannten Damen und Herren weniger verdienen als diese? Viel wäre einzusparen, wenn die Gehälter und sonstige Zuwendungen dem Einkommen des Oberbürgermeisters angepasst würden.
- 35 Verlagerung Busbahnhof vom Breslauer Platz zum Flughafen
Die Verlagerung des Busbahnhofs vom Breslauer Platz zum Flughafen ist geplant. Hier will man aber nicht den bestehenden Busbahnhof mit Bussteigen, Überdachung in Terminalnähe nutzen (der derzeit zum Parkplatz zweckentfremdet wird) sondern für hunderttausende Euro einen neuen Busbahnhof im Bereich eines ehemaligen Regenrückhaltebeckens nutzen. Das klingt für mich wie ein Schldbürgerstreich und Geldverschwendung! Auch wenn sich die Flughafenverwaltung wehren sollte - der Flughafen gehört doch zu einem nicht unerheblichen Teil der Stadt.
- 36 ProKöln-Sondersitzungen in den Ferien verbieten
Änderung der Satzungen, Verordnungen und allem Nötigen zur Verhinderung weiterer unsinniger, teurer und nutzloser Rats-Sondersitzungen in den Ferien, die z.B. auf

Antrag der ProKöln-Fraktion stattfinden.

- 37 GAG verkaufen
- Die GAG hat nach eigener Aussage einen Wert von 3,2 Milliarden Euro. Selbst wenn man nur 3 Milliarden zur Schuldentilgung (Stadt & Eigenbetriebe haben ca. 4,3 Milliarden Euro Schulden) einnehmen würde, wäre das bei 5% Kreditzinsen eine jährliche Zinsersparnis von 150 Mio. Euro. Demgegenüber steht ein jährlicher Gewinn der GAG von ca. 25 Mio. Euro. Also würde bei einem Verkauf unterm Strich jedes Jahr ein Plus von 125 Mio. verbleiben.
- 38 KVB verkaufen!
- Die KVB fährt jährlich einen Verlust von ca. 90 Mio. ein und dürfte mehr als 1 Milliarde Euro wert sein. Das macht bei einem Verkauf zur Schuldentilgung eine Zinsersparnis (wieder 5%) von 50 Mio. Euro jährlich, also im Ergebnis ein Plus im Haushalt von 140 Mio. Euro/Jahr.
- 39 Hartz IV Kosten
- Meines Wissens zahlt die Stadt Hartz IV Empfängern die Heizkosten. Die Stadt könnte viel Geld sparen, wenn sie a) die Heizkosten deckelt und die Hartz IV Empfänger dazu bringt, ihre Energiekosten zu kontrollieren. Und b) könnte sie Hartz IV Empfänger auf günstigere Energielieferanten als z.B. die Rheinergie hinweisen und Anreize für einen Wechsel zu einem günstigeren Lieferanten anbieten.
- 40 Straßenbeleuchtung
- Verpflichtung von Haus-/Wohnungs-/Geschäftseigentümern, den Bereich (zumindest den Gehweg) vor ihrem Objekt während der Dunkelheit mit ausreichend Licht zu versorgen. Hierbei müssen klare Vorgaben über die Art und Helligkeit gemacht werden und es darf keinen Bestandsschutz geben. Die Stadt bzw. RheinEnergie konzentriert sich dann nur auf die Bereiche, die z.B. nicht unmittelbar bebaut sind oder die von Lampen an Gebäuden nicht ausreichend beleuchtbar sind. Hier dürfte einiges an Stromkosten durch die Stadt zu sparen sein.
- 41 Mitspracherecht für Bürger
- Größere Projekte sollen von den Bürgern per Bürgerentscheid mitbestimmt werden. Wahrscheinlich wäre den Kölner dann der teure U-Bahn-Bau und so manche anderes Prestigeobjekt erspart geblieben
- Anregung an das Land:
- 42 Elferrat für Köln – Sta(d)tt Rat
- Statt 90 ehrenamtliche, überforderte Ratsmitglieder wird die Kontrolle der Verwaltung durch einen "Elferrat" übernommen (vergleichbar Aufsichtsrat nach AktG). Die Mitglieder werden auf sechs Jahre gewählt, mit der Option der einmaligen Wiederwahl. Für die Tätigkeit soll eine Vollzeitvergütung gewährt werden. Die Arbeit wird durch ein "Elferrat-Büro" unterstützt.
- Einsparungen ergeben sich aus der Reduzierung der Mandatsträger und dem möglichen Verzicht auf "große" Ratssitzungen. Zudem wird die Verwaltungskontrolle

professionalisiert.

- 43 Soziales, Familie, Kind und Jugend
Wenn man etwas Gutes tun will, dann sollte man als erstes mit den oben genannten Posten anfangen. Bei den CDU-Spar-Vorschlägen kommt man, wenn man es gut meint, mit einer Einsparung von ca. 80 Millionen Euro hin. Das ist zwar ein Anfang, aber reicht längst nicht aus. Es muss endlich klar gemacht werden, dass nur das Geld ausgegeben werden kann, was auch eingenommen worden ist. Ansonsten wird es weiterhin nur bei Sparvorschläge bleiben.
- 44 Kinderheim
Brauchen wir ein Kinderheim der Stadt Köln oder kann eine solche Einrichtung nicht besser und günstiger von entsprechenden freien Trägern angeboten werden?
- 45 Abfallkalender
Der Abfallkalender der AWB sollte lediglich online abrufbar sein. Die wenigen Bürger, die keinen Internetzugang haben und den Kalender in Papeirform haben möchten, könnten ihn gegen eine geringe Schutzgebühr am Info-Point der Bezirksämter kaufen.
- 46 Portokosten sparen
Immer wieder erlebe ich, dass ein einziger Mitarbeiter der Stadt Köln mehrere Postsendungen des gleichen Tages in mehreren Briefumschlägen an den gleichen Empfänger versendet, statt die Post gesammelt in einem einzigen Briefumschlag zu verschicken, um so Porto zu sparen.
- 47 Ausbau des Godorfer Hafens stoppen
Das Infrastrukturprojekt ist unnötig und unwirtschaftlich. Köln kann sich keine Fehlinvestition eines stadteigenen Unternehmen von mindestens 70 Millionen Euro leisten. Der Verzicht auf den Ausbau entlastet den Kölner Haushalt. Die Region verfügt über ausreichende Reserven an Logistikflächen für Jahrzehnte. Der jüngst ausgebaute Bonner Hafen kann den Bedarf der Industrie im Kölner Süden aufnehmen und so die Stadt Köln von LKW-Verkehr entlasten. Und der Niehler Hafen verfügt über große Flächenreserven.
- 48 städtische unternehmen
die manager der städtischen unternehmen verzichten bzw. spenden wie in frankreich 20 % ihres gehalts .einsparung pro jahr : mehr als 2,3 millionen ! in 10 jahren also 10 % der schulden .
- 49 Reduzierung der Zinsalast durch Begebung einer Komunalanleihe und Ablösung der Schulden beim alten Schuldner
Die Zinslast, die Köln aufgrund der 2,6 rd. Euro Schulden aufbringen muß belaufen sich lt. diverser Zeitungsartikel seit einiger Zeit auf über 200 Mio. Euro. im järl. Dies entspricht einem Zinssatz der zwischen 8% u.9% liegt. Durch die hohen Vermögenswerte die die Stadt Köln besitzt, zählt die Stadt wohl zu den sicheren öffentlichen Schuldner bei dem der marktüblichen Zinssatz für eine 10 Jahresanleihe nicht mehr als 1% betragen würde. Dies entspräche einer jährlichen Ersparnis von 180-200 Mio. bzw. auf die gesamte Laufzeit bezogen gerechnet von 1,8 bis 2 Mrd. Euro. Wer der derzeitige Schuldner der Stadt ist und in den letzten 10 Jahren mit einem Mrd.-Betrag bedacht bzw. subventioniert wurde ist mir nicht bekannt. Dies sollte auf jeden Fall beendet werden.
- 50 Wege zum ausgeglichenen Haushalt? Ausgabenkürzungen durch Transparente Kontrolle
Ausgaben zu reduzieren ist immer eine Einzelfallentscheidung, aber zielführender als Einnahmeverbesserungen. Grundsätzlich übernimmt bei

einer Zahlungszusage der einzelne Politiker immer die Verantwortung, bei einer Kürzung ist die Entscheidung für ihn viel einfacher, weil selten für Entwicklungen aus einer Unterlassung die Folgen der Nichtzahlung sichtbar und zuordnungsfähig werden. Der nächste Wettbewerb von Versprechungen, vulgo Wahlen, steht für manche Mandatsträger immer vor der Tür, und manche Presse ist gut im Anprangern und schlecht im Verständnis. Vom Ansatz her erscheint aber der Grund für vorgebliche Unkürzbarkeit von Ausgaben in der mangelnden Transparenz zu liegen, und hier ist ein erfolgreicherer Lösungsweg für den städtischen Haushalt zu finden. Griechenland zeigt: Mut und Not lassen Ausgaben schmelzen. Bürger sind in der Aufnahmefähigkeit von Wohltaten der öffentlichen Hand nicht begrenzt. Das änderte sich, wenn der Aufwand unmittelbar sichtbar wäre, also über * das bestehende, sehr bewährte demokratische Kontrollsystem des Rates und * die unmittelbare Teilhabe aller am Haushalt durch den "Bürgerhaushalt" * zusätzlich ein System der "Kostenkontroll-Transparenz am Ort der Ausgabe durch die Bürger" eingeführt werden würde. Hilfreich wäre als praktische Anwendung, wenn der Rat sich in der Folge entschlösse, den Aufwand von sämtlichen Kosten für die Nutzer bzw. Empfänger transparent zu machen. Zwei Beispiele für Praxisanwendungen: In Alabama(USA) wird bei Autobahnreparaturen auf Tafeln angezeigt, exakt wie viel Dollar der USA-Staatshaushalt und welche Kosten der einzelne Bundesstaat trägt, der Autofahrer sieht also direkt, was ihn der Spass über Steuern kostet. In Italien steht bei einigen Renovierungen von Sehenswürdigkeiten gleich der Preis mit auf dem Bauschild. Analog ist das auch bei uns denkbar, ohne jegliche Ausnahme den Bürgern den Kostenaufwand transparent darzulegen, Beispiele: * auf Eintrittskarten oder Fahrkarten den jeweiligen Zuschuss der Stadt, * auf einem Schild im Kindergarten die Kosten pro Betreuungsstunde, * für jegliche Baumassnahme an der Baustelle die kalkulierten Vollkosten im Städtischen Haushalte, * die Gesamtkosten pro ausgeliehenem Buch in den Stadtbüchereien, * die Gesamtkosten pro Einzelstunde Schwimmen in einem öffentlichen Bad oder * auf den Zeugnissen der Schüler den Jahresvollkostenaufwand des Landes und der Stadt für den Unterricht pro Schüler der jeweiligen Schulform (Der Schüler und die Eltern sehen, welcher Aufwand seine Notenleistung verursachte). Mithin ermöglichte der Rat als Folge die Transparenz der Kostenträgerschaft bis zur letzten Ausgabestelle. Als "Schmankerl" könnte sogar bei Bauvorhaben in der letzten Phase ein Hinweis auf die Quote der Kosteneinhaltung angeschlagen werden, z.B. "Kostenquote vom Voranschlag = 95%", dann weiß der Bürger gleich, daß "seine" Verwaltung gut gewirtschaftet hat. Das Ganze hat nichts mit einer Bevormundung der Verwaltung zu tun, ich denke, die Kölner Verwaltung kann auf ihre Leistungen stolz sein und sollte das kommunizieren. Ein aktives Umdenken der Bürger im Kostenbewusstsein findet statt. Überzogene Flausen im Kopf von Bürgern bei nicht gebundenen Ausgaben lassen sich ausschlagen. Zusagen sind die Mütter von Ansprüchen. Es sind kleine Trippelschritte zur Rundumversorgung mit Gängelei bis zur Bevormundung, aber nur grosse, mutige Schritte

bewirken Freiheit und Selbstverantwortung. Selbstverständlich betrachte ich den Vorschlag als ernsthaft, hilfreich und sachgerecht, aber nicht der Konvention entsprechend. Aber irgendeine Fraktion in Deutschland wird mutig den Anfang machen, weil es nicht mehr klappt, Geld vom Einen für den Anderen auszugeben, der nicht mal Danke sagt oder fragt, wo es herkommt und wie es gedeichselt wurde

51 Modernere Methoden bei der Stadtreinigung durch die AWB

Als Hausverwalter einer einzelnen Liegenschaft in Köln berechne ich aus dem Grundabgaben-Bescheid für 2012, dass die * Strassenreinigung mit der Strassenkehrmaschine pro laufendem Meter 7,38 Cent (Gebühr für RK61) kostet, * dagegen die Gehwegreinigung pro laufendem Meter Kosten von 10,58 Cent (Gebühr für RK62) verursacht. Der Beobachter fragt sich, ob sich bei den signifikant höheren Gehwegreinigungskosten nichts für die Bürger verbessern liesse. An der archaischen Art der Besenreinigung hat sich seit mehreren 10.000 Jahren nichts verändert, einer der ältesten unveränderten Arbeitseinsätze für die Menschheit. Ein Besenschieben entlang der Hauswand erscheint dem Betrachter sehr antiquiert, das Ergebnis stark verbesserungsfähig, eine mechanisierte Reinigungsmaschine effizienter. Ebenso wundere ich mich über das beflissene, aber vergebliche Kärchern der Domtreppe und Bahnhofsvorplatz bzw. der Tunnelröhre darunter (beides öfters dreckig hoch 2). Eine moderne Reinigungsvariante für die AWB wäre für beide Stellen eine Hochdruck-Trockeneisreinigung, umweltfreundlich, ökologisch unbedenklicher und im Ergebnis erheblich effizienter. Die Maschine ist bei der AWB vorhanden, wird aber nicht dafür benutzt. Jedenfalls wären der Einsatz von Gehwegreinigungs-Robotern oder -Maschinen und der Einsatz neuer Reinigungsmethoden für das Stadtbild besser, für die Mieter, die die Kosten zu tragen haben, preiswerter. Es empfiehlt sich, die AWB erheblich zu modernisieren und ihre Leistungen und deren Kosten in Frage zu stellen

52 Minderung der Ausgaben durch Gewährleistungsbeauftragten

Als Bürger beurteile ich die Mitarbeiter der Verwaltung der Stadt Köln erstklassig, hoch motiviert und kompetent. Da gibt es viele negative Beispiele aus anderen Städten (Elb-Philharmonie, Leverkusener Rathaus), wo es nicht so klappt. Allerdings hapert es in Köln, für die Bürger eher sichtbar, oftmals bei Bauten an nachträglichen Mängeln, die dann auf Kosten des Stadtsäckels beseitigt werden müssen. Ein Beispiel: Der Granitbelag oberhalb der Philharmonie am Museum Ludwig ist grottig gebrochen, Ursache ist die mangelnde Untergrundkonstruktion, die die Platten bei Belastung brechen läßt. Gleiches gilt für den nicht hinnehmbaren "Betonsteinrümmerhaufen" entlang der Rheinpromenade, die Anzahl der noch ganzen Platten untersteigt auf 1 km die Zahl Hundert. Vermeiden ließen sich solche Folgeschäden, wenn die CDU-Fraktion auf einen "Gewährleistungsbeauftragten" mit der Aufgabe hinarbeiten würde, bei sämtlichen(!) Bauten unmittelbar vor dem Ablauf der Gewährleistungsfrist eine Nachschau vorzunehmen und bei Mängeln innerhalb der Frist für Gewährleistungsbeseitigung Sorge tragen würde. Er hätte jährlich einen Bericht dem Rat vorzutragen, in wieweit seine eigene Kosten herein geholt und die Belastung für die Stadt gemindert worden sei. Probehaltiger ließe sich das

- erst einmal für eine Ratsperiode realisieren. Hierbei wäre systemwichtig, den Beauftragen nicht dem Bauamt zu unterstellen, damit er weisungsfrei bliebe. Das Bauamt wäre ihm gegenüber uneingeschränkt auskunftspflichtig. Wegen evtl. "Nähe" zu Auftraggebern sollte an eine "rollierende" Beauftragung gedacht werden.
- Bekanntlich bekommt die Stadt vom Land pro Einwohner eine Kopfprämie von 1.000,00 EUR aus Landesmitteln, das ist sehr viel Geld. Als Konsequenz gibt es die Zweitwohnungssteuer, bei der insbesondere Studenten zur Kasse gebeten werden, die sich nicht ummelden, aber die Stadt und deren Einrichtungen nutzen. Als Hausverwalter weiss ich, dass sich viele Mieter nicht ordentlich anmelden, manchmal sind auch WG-Partner nicht alle angemeldet. Vorschlag: Mit dem Gebührenbescheid zum Jahresanfang bekommt der Hauseigentümer eine Liste der angemeldeten Personen (nur Name und Vorname, die Namen stehen sowieso auf dem Klingelschild), die kann er dann abstimmen und ist durch Satzung der Stadt Köln verpflichtet, Abweichungen zum Stichtag 1.1. des Jahres mitzuteilen. Die Stadt kann dann ihre Einnahmen durch höhere Kopfprämien sanieren.
- Angesichts der geschilderten dramatischen Finanzsituation der Stadt Köln kommt man nicht mehr darum herum, auch heilige Kühe zu schlachten. Insoweit wird mir immer unverständlicher, wieso und wie lange sich die hoch verschuldete Stadt Köln noch eigene, in hohem Maße steuersubventionierte Kulturbetriebe, wie z. B. Oper und Schauspiel leisten will. Die genannten Betriebe sollten daher auf jeden Fall privatisiert und die zugehörigen Grundstücke verkauft werden, ggf. unter Auflagen. Verkaufserlöse und jährliche Einsparungen dürften sicher beträchtlich sein und einen namhaften Beitrag zur Gesundung der städt. Finanzen leisten. Auch unter sozialen Aspekten wäre diese Maßnahme einem Verkauf anderer städt. Gesellschaften, z. B. der GAG, vorzuziehen.
- Der Lokalpresse entnahm ich, dass unser Oberbürgermeister vehement einen Abriss der sogenannten "Betonpilze" an der Nordseite der Domplatte, gegenüber dem Deichmannhaus fordert. Diese Konstruktion war in der Vergangeheit mal als "Kunst am Bau" gedacht. Heute dürfte man das sicher überwiegend anders sehen. Dennoch: Wir Kölner und unsere Gäste leben schon seit Jahrzehnten mit diesen Dingen und haben uns irgendwie an diese gewöhnt. Ein sachlicher Grund, nunmehr holterdipolter einen Abriss dieser Anbauten zu fordern, besteht nicht! Die kostspielige Verschönerungsidee unseres OBs ist umso unverständlicher, wenn man sich die dramatische Haushaltslage der Stadt vor Augen führt, die er ja besser kennen müsste, als seine Bürger. Daher schlage ich vor, auf unseren Oberbürgermeister dahingehend einzuwirken, dass er auf den Abriss der Pilzdächer an der Domplatte verzichtet, zumindest den Abriss aufschiebt, bis die Haushaltlage irgendwann mal eine solche Maßnahme erlaubt.
- Alte Ziegelmauerfundamente sind in Köln im Überfluss vorhanden. Ein Jüdisches Museum ist zwar gut gemeint,

53 Einnahmeverbesserung durch Einwohnerprämie

54 Privatisierung von Oper und Schauspiel

55 Verzicht auf unnötige Abrissmaßnahmen

56 Archäologische Zone und Jüdisches Museum

- aber angesichts Kölner Schulden nicht erlaubt. Auch wenn der LVR für die Betriebskosten aufkommen will, letztenendes handelt es sich doch um Steuergelder (bzw neue Schulden). Was von den bisherigen Arbeiten es wirklich wert ist, sollte mit dem geringsten Aufwand erhalten werden. Alles andere kann getrost zugeschüttet werden.
- 57 Grillen in Parks nur noch kontrolliert und mit Gebühr
- Wenn die Kontrollen und die Reinigung der Parks im Sommer durch diese Gebühr finanziert werden könnte, könnten wenigstens die Kosten gespart werden, die die Entsorgung des Abfalls kostet.
- 58 Ineffiziente städtische Umweltbildungsstelle einsparen
- Die städtische Umweltbildungsstelle ist aufzulösen und Teile der Haushaltsposition sind damit einzusparen. Die bis dato dort geleisteten Tätigkeiten können durch einen fachkompetenteren lokalen Umweltbildungsdienstleister mit einem Budget von ca. 75% gegenüber der derzeitigen Haushaltsposition extern durchgeführt werden. Gründe zur Auflösung der städtischen Umweltbildungsstelle: - Fehlendes Konzept zur Tätigkeit der Umweltbildungsstelle - Fehlende lokale Ausstrahlung der Umweltbildungsstelle - Städtische Umweltbildungsorte unterstehen anderen Ämtern -> daher kaum Einfluss - Kaum bis keine Unterstützung der lokalen freien Akteure - Mangelhafte Durchführung des Prozess zu einem "ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzept" - Mangelhafte Abstimmung zu weiteren lokalen Prozessen, wie z.B. dem Kölner Klimabildungskonzept - Durchführung punktueller Aktionen mit ausschließlich "verklüngelten" Partnern - zu hoher Krankheitsstand der zuständigen MitarbeiterInnen - teilweise komplett fehlende Fachkompetenz der MitarbeiterInnen aufgrund interner Querversetzungen Somit u.a. das Allgemeinfazit: Mangelhaftes Kosten-Nutzen/Produktivitäts-Verhältnis
- 59 Kunstinstallationen in neuen U-Bahnhöfen
- Während dringende Sanierungsarbeiten in unseren oberirdischen Museen verschoben werden, sollen unter der Erde mehrere der neuen U-Bahnhöfe der Nord-Süd-Bahnlinie mit Kunstinstallationen aufgepeppt werden. Einsparvolumen: ursprünglich wurden 2 Mill. EUR angesetzt, durch die Verzögerung der Bauarbeiten werden sich die Kosten sicherlich erhöhen.
- Hinweis: Eine der schönsten und mehrfach prämierten U-Bahnen der Welt befindet sich in Bilbao. Die Architektur von Sir Norman Foster besticht durch Einfachheit, Funktionalität und Ästhetik. Warum geht so etwas nicht in Köln?
- 60 Tabulos sparen?
- Man nehme die Einnahmen und ziehe die unvermeidbaren Ausgaben für Pflichtausgaben ab. Dann priorisiert man die anderen Dinge, die man gerne machen würde. Die am höchsten priorisierten Dinge werden gemacht, der Rest nicht. So macht es jeder Private, der/die mit Geld umgehen kann. Warum ist das bei staatlichen Institutionen anders? Weil Politiker nicht ihr eigenes Geld ausgeben? Versucht wenigstens mal wirklich ohne Tabus zu überlegen wo gespart werden kann.
- 61 Braucht Köln wirklich einen
- Wer war vor dem Einsturz schon mal im Stadtarchiv? Wer wusste vorher dass es sowas überhaupt gibt? Wer braucht

- Neubau als Stadtarchiv? und nutzt ein Stadtarchiv? Die Antworten auf diese Fragen lauten immer gleich - kaum jemand in Köln. Da frage ich mich, warum die Stadt Köln einen tollen Neubau braucht, um kilometerweise altes Papier zu lagern. Warum reicht dafür nicht eine alte Lagerhalle? Muss man sich nicht fragen, an welcher Stelle stiftet das wenige Geld, über das die Stadt noch frei verfügen kann den größten Nutzen für die Summe der Kölner Bürger? Bestimmt nicht in einem neuen Stadtarchiv!
- Die Gewächshäuser der Flora sind schön und eindrucksvoll mit ihrer botanischen Vielfalt. Leider ist ihre Bausubstanz überwiegend so marode, dass in Kürze ihre Schliessung droht. Eine Sanierung ist wohl nicht mehr möglich. Ich schlage vor, auf einen Neubau zu verzichten. Gründe: - die Investitionskosten - auch wenn Private an Bord sind (insbes. der Freundeskreis Flora mit 3 Mio.) - werden nicht unbeträchtlich sein (bisheriger Minimum-Ansatz: 5,4 Mio.), - die Personalkosten und die überdurchschnittlich hohen Energiekosten für die erforderliche Beheizung führen zu dauerhaft hohen Betriebskosten (selbst bei der geplanten innovativen Energietechnik), - die Flora erhält bereits beträchtliche öffentliche Mittel und eine erhebliche Aufwertung durch den Neubau der Location "Flora Köln" und - mit dem neuen Tropenhaus im Zoo existiert ein weiterer Tropenstandort gleich in der Nachbarschaft (mit Fauna und Flora).
- 62 Kein Neubau der Gewächshäuser in der Flora
- Freiwillige Anwendung der Richtlinien zur vorläufigen Haushaltsführung Ich schlage vor, die Ausgaben der Stadt künftig freiwillig nach den Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung zu genehmigen, mit minimalen Ausnahmen. Die Stadt Köln darf dann nur noch Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Begründung: Macht Köln so weiter wie bisher, haben wir bereits im Jahr 2015 weitere 1,1 Milliarden Euro Defizit angehäuft und sind nicht mehr weit von einem Haushaltssicherungskonzept oder Nothaushalt entfernt. Die Bestimmungen dazu sind dem der vorläufigen Haushaltsführung ähnlich, d.h. früher oder später würden wir diese gesetzlichen Vorgaben dann sowieso umsetzen müssen; dann ohne Ausnahme. Folgen einer sofortigen freiwilligen Anwendung mit Ausnahmen: Es würden erstmal ALLE freiwilligen Zahlungen, Zuschüsse und Zuwendungen entfallen. In Einzelfällen kann diese wieder genehmigt werden, allerdings nur gegen eine Zielvereinbarung, Ergebniskontrolle und Konsolidierungsvorschlag. Beispiel: brauchen wir für jede Zielgruppe eine eigene Drogenberatung mit dem jeweiligen Trägerverein? Kann man durchaus mal hinterfragen, genau wie Kulturvereine, Kunstvereine, sämtliche Beratungsstellen, KölnPass, Tanz Dich frei Gruppen usw.
- 63 Freiwillige Anwendung der Richtlinien zur vorläufigen Haushaltsführung
- KEINE weiteren öffentlichen Mittel für Oper und Theater (null EUR). Insbesondere keine Investitionen in Bauten für Oper und Theater, es gibt dutzende leer stehende Hallen und Veranstaltungsorte im Medienbereich. Teile des eingesparten Geldes liessen sich gut verwenden für subventionierte Tickets der privaten Bühnen. Der Imageeffekt wäre für die Stadt Köln hervorragend, anders
- 64 KEINE öffentlichen Mittel für Oper und Theater

		als stets behauptet. Kein Mensch und kein Unternehmer verlagert seinen Wohnsitz oder sein Unternehmen nach Köln, weil es dort städtische Oper und Theater gibt.
65	Lob	Ich finde es toll, dass die CDU - anders als die anderen Parteien - durch diese Aktion die Bürger unmittelbar mitreden lässt. Weiter so!
66	flyer	sind wirklich alle in ämtern und dienststellen ausliegenden informationsblätter informierend und notwendig? m.e. ist dringend eine beschränkung auf die wirklich wichtigen angebracht. jeder interessent kann sich in der presse oder im internet über seine interessengebiete und die städtischen angebote informieren.
67	Überprüfung der Sinnhaftigkeit eines Wohnungswechsels	Bezieht eine Person Harz IV, so steht ihr nur eine bestimmte Quadratmeteranzahl an Wohnfläche zu. Wohnt diese Person in einer Wohnung, die knapp über der vorgeschriebenen Quadratmeterzahl liegt, so muss sie in eine kleinere Wohnung umziehen. Richtlinie ist eben Richtlinie, auch dann, wenn diese kleinere Wohnung teurer ist. Den Mehrpreis und den Umzug zahlt die Stadt. Das ist absolut grotesk!!! Was das an Einsparungen bringt, weiß ich nicht, aber "Kleinvieh macht auch Mist"
68	Überprüfung der Mieter von Sozialwohnungen	Es gibt sicher einige Mieter in Sozialwohnungen, die dort bspw. als Studenten eingezogen sind, und mittlerweile gut verdienen. Für diese Mieter sollte der Mietzins an den ortsüblichen Mietspiegel angepasst werden. Der soziale Wohnungsmarkt sollte für alle offen bleiben, sein, bzw. werden. Unterschiedliche Mieten müssen möglich sein. Nur so kann eine Ghettoisierung vermieden werden. Ganz grotesk ist in der Südstadt, auf der einen Seite das Stollwerkgelände und auf der anderen Seite das schnieke "Siebengebirge" und die Krahnhäuser.
69	Professioneller Einkauf	Ein professioneller Einkauf birgt enorme Chancen zur Kostenoptimierung bzw. Kostensenkung. Im Falle der Stadt Köln meine ich damit nicht die Bereiche die dem öffentlichen Vergaberecht unterliegen, sondern im ersten Schritt die Dinge des allgemeinen Bedarfes wie z.B. Software, Hardware, Services, Sprach- und Datenübertragung, Leasing etc.. Im Rahmen meiner über 25-jährigen beruflichen Laufbahn im Bereich Einkauf möchte ich folgendes Beispiel anführen: Durch die Konsolidierung, Analyse und Neuverhandlung der Festnetz- und Mobiltelefonie sowie der Datenübertragung (Sprach- und Datenübertragung) eines Konzerns konnten die jährlichen Ausgaben von ? 34 Mio. auf ? 16 Mio. gesenkt werden. Vorschlag: Professionalisierung des Einkaufs und evtl./optional Gründung eines Einkaufsverbundes Rheinischer oder Westfälischer Kommunen Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung. Einsparpotential: Millionen
70	Schließung von Badeanstalten	Schließung von nicht mehr rentablen Badeanstalten
71	Zuschuss-Senkung VHS	Zuschuss-Senkung VHS
72	Kostendeckende Preise für Oper und Schauspielhaus	Kostendeckende Preise für Oper und Schauspielhaus
73	Senkung der Temperatur in	Senkung der Temperatur in städtischen Badeanstalten

	städtischen Badeanstalten	
74	Einrichtung Parkmöglichkeiten/ -häuser (ggf. P&R Anbindung) auf städtischen Brachgeländen	Einrichtung Parkmöglichkeiten/ -häuser (ggf. P&R Anbindung) auf städtischen Brachgeländen
75	Validierung KVB Netzplan	Validierung KVB Netzplan, um zu stark frequentierte Streckenbereiche in der Auslastung zu harmonisieren oder Optimierungsmöglichkeiten aufzuspüren
76	Reduzierung der Haltestellen	Reduzierung der Haltestellen Bus und Bahn im Stadtkern, wodurch sich die Unterhaltungskosten senken ließen
77	Kapazitäten abhängig zur Nachfrage	Kleinere Busse und kürzere Bahnen in schwach frequentierten Bereichen
78	“Verkehrsschilderwald bekämpfen”	“Verkehrsschilderwald bekämpfen” - überflüssige Schilder abnehmen und veräußern
79	Optimierte Baustellen	Baustellen im Schnellverfahren - Prüfung der Nacharbeit, aber vorrangig ein einzelnes Bauvorhaben abschließen bevor neue gestartet werden
80	City-Maut (Parkerlaubnis inklusive)	City-Maut (Parkerlaubnis inklusive)
81	Weniger Feuerwehrkräfte	Weniger Feuerwehrkräfte
82	Öffnung (weiterer) Städtischer Kantinen für Bürger	Öffnung (weiterer) Städtischer Kantinen für Bürger
83	Machbare automatische Abschaltungen/Einschränkung städtischer Energiekonsumenten (Ampeln, Rolltreppen, Beleuchtung, ...)	Machbare automatische Abschaltungen/Einschränkung städtischer Energiekonsumenten (Ampeln, Rolltreppen, Beleuchtung, ...) > Nächtliches Orange-Licht; Bedarfslauf; Energiesparlampen/LED, Dimmung oder Abschalten (Teile) der Lampen
84	Städtische Flächen, welche einer Neugestaltung unterliegen für Energiegewinnung (z.B. Wärmepumpen) nutzen und dafür Investoren (Energie-Konzerne) finden	Städtische Flächen, welche einer Neugestaltung unterliegen für Energiegewinnung (z.B. Wärmepumpen) nutzen und dafür Investoren (Energie-Konzerne) finden
85	Weiterverwertung des grünen Mülls in Bio-Anlage	Weiterverwertung des grünen Mülls in Bio-Anlage
86	Erhöhung der Gewerbesteuer	Erhöhung der Gewerbesteuer
87	Erhöhung der Grundsteuer B	Erhöhung der Grundsteuer B
88	Erhöhung Vergnügungssteuer	Erhöhung Vergnügungssteuer
89	100%ige Kontrolle und Sanktionierung	100%ige Kontrolle und Sanktionierung(mit den gegebenen Personalmitteln) von Vergehen gegen Straßenverkehrsordnung, Vermüllung und Verstöße gegen die Umweltzone
90	Prüfung des Bußgeldkatalogs(Falsch-Parken, Graffiti, Vermüllung, wildes Plakatieren ...) auf mögliche Erhöhung	Prüfung des Bußgeldkatalogs(Falsch-Parken, Graffiti, Vermüllung, wildes Plakatieren ...) auf mögliche Erhöhung
91	Stadtfonds zur mittelfristigen	Stadtfonds zur mittelfristigen Finanzierung

Finanzierung		
92	Info-Veranstaltungen und Beteiligungsverfahren für Bürger einstellen oder -schränken	Aufwendige Info-Veranstaltungen und Beteiligungsverfahren für Bürger einstellen oder -schränken, die mäßige Beteiligung begründet nicht den finanziellen Aufwand. Eine Informiertheit der Bürger muss jedoch erhalten bleiben.
93	Alkoholverbot im öffentlichen Raum	Alkoholverbot auf allen Plätzen, Straßen, im Bahnhof, etc. (Ausnahmen: Straßenkarneval, CSD und andere bes. Anlässe oder Veranstaltungen) Das verbessert das Ansehen Kölns (Reduzierung des sogen. Ballermann-tourismus) und verringert die Vermüllung der Stadt, das spart Reinigungskosten, außerdem mit ist mit weniger Vandalismus zu rechnen, was evtl. Reparaturkosten senkt.
94	Höhere Bußgelder	Erhöhung der Bußgelder für Ordnungswidrigkeiten. Die Bußgelder müssen die Kosten der Stadt für Außendienst des Ordnungsamtes und Verwaltungsaufwand decken, besser noch übersteigen. Das ist die einfachste betriebswirtschaftliche Regel überhaupt!
95	Personalreduzierung Gesamtpersonalrat (GPR)	Infragestellen der Notwendigkeit von 41 Stellen (9 Beamte, 28 Angestellte, 4 Arbeiter) Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 95-100
96	Personalreduzierung I/8 Stellenpool Haushaltskonsolidierung	Insgesamt 26,57 Stellen (7,00 Beamte, 18,07 Angestellte, 11,00 Arbeiter) Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 95-100
97	Personalreduzierung I/7 Zentraler Personalreserveplan	Insgesamt 1.009,79 Stellen (596,41 Beamte, 257,26 Angestellte, 155,12 Arbeiter) Quelle Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 113-118
98	Personalreduzierung Dezernatsbüros	Insgesamt 214 Stellen (OB 102,92, I 15,00, II 7,50, III 6,00, IV 16,00, V 11,50, VI 16,00, V 11,50, VI 19,00, VII 37,00) Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 94-100 und 101-106
99	Personalreduzierung 11- Personal- und Organisationsamt	Insgesamt 154,87 Stellen (129,46 Beamte, 24,41 Angestellte, 1,00 Arbeiter). Es wurde das bisher selbständige 10-Hauptamt als Abteilung 112 integriert. Insgesamt 84,10 Stellen (75,10 Beamte, 9,00 Angestellte, 0,00 Arbeiter) Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 95-100
100	Zusammenlegung 12-Amt für Informationsverarbeitung mit 1300-E-Government	Amt 12 insgesamt 240,67 Stellen (112,67 Beamte, 126,67 Angestellte, 2,00 Arbeiter) Amt 1300 Insgesamt 19,00 Stellen (10,00 Beamte, 9,00 Angestellte, 0,00 Arbeiter) Artgleiche Aufgaben gehören konzentriert in einem Amt. Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 95-100
101	Auflösung von I/1 Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern	Insgesamt 7,50 Stellen (5,00 Beamte, 2,50 Angestellte, 0,00 Arbeiter) Überlegungen in iner noch zu erreichenden Organisationseinheit "Diversity Management" wahrzunehmen, sind schlicht Etikettenschwindel. Aufgaben sind bereits in 11-Personalamt enthalten. Quelle Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 95-100
102	Auflösung 27-Zentrales Vergabeamt	Insgesamt 37 Stellen (13,50 Beamte, 23,50 Angestellte, 0,00 Arbeiter) Ein eigenes Amt für Vergaben mit Amtsleiter und organisatorischem Mittel- und Unterbau ist nicht gerechtfertigt (Nadelöhreffekt). Die Aufgaben sind

- zweckmäßiger in den Ämtern des Baudezernates angesiedelt. Korruptionsbekämpfung ist Daueraufgabe der Aufträge erteilenden Ämter der Stadtverwaltung. 14-RPA ist wichtiger Partner in der Korruptionsbekämpfung. Die Methoden müssen intelligent sein (Datenverarbeitung)
Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 95-100
- 103 Einstellen des KölnPasses
Insgesamt 4 Stellen (2,00 Beamte, 2,00 Angestellte, 0,00 Arbeiter). 130.000 Kölnpassempfänger zeigen die Auwwüchse, die zu Ungerechtigkeiten gegenüber Nichtinhabern von KölnPässen führen (Gerechtigkeitsproblem) Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 95-100
- 104 Zentralisierung der 3-geteilten Sportzuständigkeiten
52-Sportamt insgesamt 121,36 Stellen (12,00 Beamte, 20,36 Angestellte, 89,00 Arbeiter). Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 95-100 KölnBäder GmbH insgesamt 265,00 Stellen und hochbezahlter Geschäftsführer mit mehrjährigen Verlusten von jährlich 18-20 Mio.? Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 602-620. Kölner Sportstätten GmbH Verbindlichkeiten laut WPL 100.887.367,00 ? , Personalaufwendungen 1.979,901,00 ? mit hochbezahltem Geschäftsführer. Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 863-873
- 105 Auflösung 15-Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Insgesamt 68,22 Stellen (24,50 Beamte, 43,72 Angestellte, 0,00 Arbeiter). Die Aufgaben werden besser in vorhandenen Ämtern des Baudezernates wahrgenommen. Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 113-118
- 106 Auflösung Bürgerhäuser/Bürgerzentren
Insgesamt 40,79 Stellen (9,00 Beamte, 27,00 Angestellte, 4,79 Arbeiter) Die hoch verschuldete Stadt Köln kann sich 12 Bürgerhäuser nicht mehr leisten. Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 113-118
- 107 Rückintegration 26-Gebäudewirtschaft der Stadt Köln in das Baudezernat
Personalaufwendungen 27.868.000,00 ? Personalbestand 451,00 Stellen, Verbindlichkeiten 118.735.000,00 ?. Die vorgenannten Daten sollten kein Hinderungsgrund zur Rückübertragung sein. Schwerpunkt dieses 65-Hochbauamt sollte die Bauunterhaltung, zweitrangig der Neubau sein, damit die Infrastruktur von Köln wieder in einen gebrauchsfähigen Zustand versetzt wird. Der bisherige Grundsatz: Neubau vor Bauunterhaltung ist schuldenerhöhend. Quelle: Haushaltplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 203-208
- 108 Stopp Personalausweitungen 32-Amt für öffentliche Ordnung
Insgesamt alle Gliederungen 1.003,47 Stellen (368,41 Beamte, 630,06 Angestellte, 5,00 Arbeiter). Personalreduzierungen empfehlenswert. Die Stadt KÖln setzt die falschen Aufgabenprioritäten. Das Amt 32 trägt wenig zur wirtschaftlichen Entwicklung Kölns bei. Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 101-106
- 109 Stopp Personalausweitungen 37-Berufsfeuerwehr
Insgesamt 1.144,61 Stellen (1.071,36 Beamte, 66,25 Angestellte, 7,00 Arbeiter). Der NRW-Gesetzgeber sorgt durch gesetzliche Regelungen zu Schichtdienst und mit hohen Ausstattungsstandards für überproportionale Personal- und Sachkostenmehrbedarf. Gegensteuern ist dringend empfehlenswert. Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 101-106

- Insgesamt 368,00 Stellen (250,50 Beamte, 117,50 Angestellte, 0,00 Arbeiter). Der hohe Personalbestand lässt auf eine veraltete Datenverarbeitung schließen. Personalreduzierungen und EDV-Modernisierung empfehlenswert. Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite95-100
- 110 stopp Personalausweitungen 21-Kassen- und Steueramt
- 111 Bäderschließungen und Kostensenkungen bei KölnBäder GmbH Die jahrelangen Defizite von jährlich 18-20 Mio. ? und die hohen, nicht wettbewerbsfähigen Bäderpreise zwingen zu wirksamen und unpopulären Kostensenkungsmaßnahmen. Stopp von Neubauten. Bauunterhaltung der vorhandenen, jedoch nur erhaltenswerten Bädereinrichtungen.
- 112 Rückintegration Stadtentwässerungsbetriebe der Stadt Köln (SteB) in das Baudezernat Personalaufwendungen 37, .851.000,00 ?, Personalbestand 656,00 Stellen, Verbindlichkeiten 769.795.000,00 ? . Die vorgenannten Daten sollten kein Hinderungsgrund zur Rückübertragung in das Baudezernat sein. Der Einbau unter einem qualifizierten Baudezernenten hat viel Vorteile bei der Bewältigung von Bauaufgaben von Hoch bis Tief, vgl. auch Vorschlag Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.
- 113 Stopp Personalausweitungen bei 50-Amt für Soziales und Senioren Amt 50 mit 392,22 Stellen und ARGE mit 755,87 Stellen gehört zu den personell größten Ämtern der Stadt Köln. Dieser Bereich darf deshalb kein Tabubereich für die überfälligen Rationalisierungsmaßnahmen sein. Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 114-118
- 114 Stopp Personalausweitungen Bereich Amt 51 Insgesamt 4.027,90 Stellen. Dieser extrem hohe Personalbestand darf kein Tabubereich für wirksame Rationalisierungsmaßnahmen sein!! Quelle: Haushaltsplan 2012 Anlagenband.pdf Seite 113-118
- 115 Stopp Auslagerung von Personal und Verbindlichkeiten aus dem Kämmererhaushalt Die Stadt Köln hat in den letzten Jahren 33 ehemalige Ämter und Dienststellen mit rund 575 Mio. Personalaufwendungen, rund 6.000 Stellen und rund 1,5 Mrd. Verbindlichkeiten ausgegliedert, um den Kämmererhaushalt zu entlasten. Die Verschleierung dieser Kapazitäten außerhalb des Haushaltsplane ist der falsche Weg.
- 116 Auflösung der vorhandenen 9 Bürger-/Bezirksämter Der Grund "bürgernahe Verwaltung" ist vorgeschoben. Die Organisation vor Bildung der Bezirksverfassung war effektiver, vor Ort-Teile der zentralen Ämter waren und sind auch heute möglich, wenn man die Zentralverwaltung auf Bürgernähe verpflichtet. Es geht darum, die "zweite Verwaltungsebene" unterhalb der Zentralebene aufzulösen. Der Vorschlag der CDU, von 9 auf 5 Bürger-/Bezirksämter zu reduzieren, ist nicht sehr wirksam, die Effektivität der Stadtverwaltung Köln zu entscheidend zu verbessern.
- 117 Stopp "Diversity Management" Die Stadt Köln hat so viele Ämter, dass alle Aufgaben in diesen Ämtern angesiedelt werden können. Die Überlegungen zum "Diversity Management", um darin z. B. das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, das Referat für Schwule und Lesben und andere "Aufgabenträger auf der Dezernatsebene" unterzubringen, würde die vorhandenen Probleme der Stadt Köln nur verschieben, weil "Etikettenschwindel" eben zu keiner wirksamen Kostensenkungen führt.
- 118 Stopp Neubau Archäologische Da entwickelt sich doch wieder einmal eine unheilige

- Zone und Jüdisches Museum
- Schuldenkoalition von SPD, Grünen und FDP. Von 14 Mio. schuldenfinanzierten NRW-Zuschüssen gelockt, will die Stadt Köln 38 Mio. schuldenfinanzierte Eigenmittel verpulvern. Die geschätzten Betriebsmittel von 5-6 Mio. will der LVR aus seinen schuldenfinanzierten Umlagen übernehmen. Das ist eine schöne und undurchschaubare organisierte Unverantwortlichkeit, die sich um den Neubau und den Betrieb von zwei völlig unnötigen schuldenfinanzierten Kultureinrichtungen ranken.
- Der Ratsbeschluss muss revidiert werden, weil eine Infrastrukturmaßnahme nicht weitere 7 Jahre als Baustelle mit hohen Kosten betrieben werden darf. Es geht um die Funktionsfähigkeit der Stadt Köln und der KVB-Einrichtungen. Das Verschieben auf 2019 spart nicht, sondern erhöht die Schuldenberge. Köln muss ja nicht nachmachen, was in Hamburg mit der Elbphilharmonie, in Stuttgart mit dem Bahnhof und in Berlin mit dem Flughafen getrieben wird. Unsere chinesischen Freunde könnten das Ansehen, das Deutschland zur Zeit in China hat, verlieren
- 119 Stopp mit der Verschiebung der Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahnerweiterung auf das Jahr 2019
- Kopfschüttelnd können wir Eltern aber auch die Mitglieder von Schulfördervereinen die Sanierungsmaßnahmen an diversen Schulen in Köln betrachten. So wurde z.B. nach vielen Jahren endlich aufwendig die Gemeinschaftsgrundschule Unter Birken in Köln Porz Eil saniert. Sehr zur Freude aller Eltern und Schüler. Im Rahmen der Sanierung wurden ebenfalls Elektrische Leitungen neu verlegt. Leider hat man nicht daran gedacht in die bereits geöffneten Wände auch Netzwerkkabel zu verlegen (bzw. es war nicht in der Planung vorgesehen). Man wird also bald die Wände erneut aufstemmen müssen um dann Netzwerkkabel zu verlegen. (100 Meter CAT5 oder CAT7 Kabel kosten ca. 70 Euro). Man wird also mehrere tausend Euro neu ausgeben um später noch einmal Wände zu öffnen, Baustellen einzurichten und Kabel zu verlegen. Wir vom FöV hätten die Kabel sogar selber bezahlt. Aber das war nicht "Bestandteil" der Maßnahme. .. Leider Schade.. Gut gemeint ist nicht gut gemacht. Ich würde mir mehr Weitsicht bei den Planern wünschen.
- 120 Schulsanierungen
- Stufe 1: Auflösung von GAGS, GBA, Grubo, mk, GWG und Integration in die GAG Immobilien GmbH Stufe 2: Kostensenkung mit Hilfe Wirtschaftsprüfungsunternehmen, z.B. Reduzierung von 3 auf einen Vorstandsposten, Personalreduzierungen um mindestens 10% Stufe 3: Schuldenabbau bei den Verbindlichkeiten von 1.824.420,00 Euro + 21.135.400,00 + 796.255.000,00 + 5.006.000,00 + 88.867.680,00 = 913.088.500,00 Summe Stufe 4: Unter der Voraussetzung, dass die Stadt Köln im Kämmereihaushalt mind. 1.000 Stellen abgebaut hat (kw reicht nicht), dann Verkauf Anteile zur Tilgung von Schulden und zwar nur dafür
- 121 Stufenmodell Kostensenkungen bei GAG, Grubo, GAGS, GBA, mk modernes Köln, GWG
- Bei der Grabpflege im Herbst fällt mir immer wieder auf, daß die Gärtner auf den Friedhöfen, wie auch auf den Baumalleen der Stadt, die Blätter mit Gebläse zusammenkehren, das ist oftmals eine stundenlange Beschäftigung. Ich frage mich, ob ein Saugwagen, der eine ganz breite Saugöffnung vor dem Wagen hat, nicht schneller und kostengünstiger wäre. * Stimmen Sie mit 0-
- 122 Verwendung von Saugwagen statt Gebläse

Sternen, wenn Sie damit zufrieden sind, * Geben Sie ein 5-Sternvot, wenn die CDU-Fraktion eine Besserung anregen soll

- Wenn ich den PDF-Haushaltsplan (?Entwurf Haushalt 2012, Band 1, Satzung und Plan) der Stadt ansehe, bedaure ich die Ratsmitglieder ob der dürftigen Unterlagen, die Ihnen und den Bürgern von der Kämmerin zur Verfügung gestellt werden. Die formale Darstellung ist ungewöhnlich und entspricht nicht dem Leistungsstandard, der in der Wirtschaft allgemein üblich ist. Manche Vereins-Einnahme-/Überschußrechnung ist aussagekräftiger, von börsennotierten Unternehmen ganz zu schweigen. Formal wäre zu verbessern: ? Alle Minuszahlen grundsätzlich in rot zu drucken, das ist ja wohl heutzutage selbstverständlich. ? Zwischen alle Spalten die prozentuelle Abweichung (ohne Nachkommastellen) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr anzudrucken, Minuszahlen natürlich in rot. ? Es fehlen Erläuterungen als Fußnoten bei Abweichungen von >1 Mio EUR, Beispiel aus "Maus-Kreis-Klick-Auswahl": Der Ansatz für die "Zweitwohnungssteuer" ist von "Ist 6,3 Mio" für 2013 auf nur noch 1,582 Mio EUR gesenkt worden, hier fehlt eine Fußnote mit Erläuterungen. Anderes Beispiel: Seite 290, Pos. 13, die Aufwendungen für "Sach- und Dienstleistungen" steigen von "Ist 2010" = 293.150 Euro auf "Plan 2011" 2.600.368 EUR, also das 8,87fache, warum? Drittes Beispiel: Auf Seite 394 werden für "Akademie der Künste der Welt" für 2011 und 2012 plötzlich 1 Mio EUR angesetzt, warum, warum glatt 1 Mio? ? Dann erscheinen mir manche "Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung" als überdenkenswert, Beispiel Seite 729, Friedhöfe, wird als Kennzahl die "Bestattungen von verstorbenen Kölner Einwohner in %" ausgewiesen. Das ist zwar schön und gut, daß 85% aller Verstorbenen Kölner sind, aber aussagekräftiger wäre doch: Wie lange reichen denn die Gräber noch, müssen evtl. neue Friedhöfe ausgewiesen werden oder "Durchschnittsgebührenertrag für Erdgrab- bzw. Urnengrab-Bestattung des Vergleichszeitraums"? Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit solchen Werten überhaupt arbeiten würde, daher: Sehr sehr stark verbesserungswürdig. Es ist kein Wunder, daß bei diesem "Werte- und Zahlenfriedhof" kaum ein CDU-Mitglied sich die Pläne mal ansieht und konkrete Vorschläge zum Sparen abgibt.
- Ich kann mich gut an die teure Plakataktion der Stadt Köln erinnern mit dem Titel "Kräftig was in den Sand gesetzt" Das war mal wieder typischer Aktionismus und nichts dahinter - kein einziges Mal wurden die 200,-? fällig. Egel welcher Stadtteil: Kölns Rasen und Waldflächen, teilweise ganze Bürgersteige sind in dieser dreckigen Stadt kaum noch benutzbar: Wirklich überall liegt Hundekot. 2 Ordnungsamstmitarbeiter sollten lieber hier konsequent 200,-? für jedes Häufchen einkassieren, das würde sich lohnen...
- Einer der schönsten Campingstandorte in Deutschland ist das Rheinufer nördlich der Bastei, weil der Camper vor dem herrlichen Köln-Panorama und dem Rheinpark seinen Wagen aufstellt. Der Stadtsäckel bleibt aber leider
- | | | |
|-----|--|--|
| 123 | Formale Verbesserung des Haushaltsplanes | |
| 124 | Konsequent für jeden Hundehaufen 200,- € Bußgeld einkassieren | |
| 125 | Einnahmeverbesserung durch Campinggebühren an der Rheinuferpromenade | |

- ungefüllt. An einigen Plätzen zahlen die Camper 8,00 EUR/Tag, aber eben nicht an der Promenade. Die Höhe der Gebühr ist für die Ansicht ein Witz. Bei Aufstellung von Gebührenautomaten liessen sich pro Wagen und Tag mindestens 20,00 EUR an Gebühren generieren, ergibt bei 400 Wagen * 20,00 EUR Tag * 365 Tage rund 3 Mio EUR an Einnahmen. Analog gäbe es auch die Überlegung, für die im Winter zu Hunderten auf den öffentlichen Parkplätzen verkehrswidrig abgestellten Campingwagen Sondernutzungsgebühren zu erheben, auch hier liesse sich zusätzlich ein 6-stelliger Gebührenrahmen generieren. * Stimmen Sie mit 0-Sternen, wenn Sie damit zufrieden sind, * Geben Sie ein 5-Sternvot, wenn die CDU-Fraktion sich darum kümmern soll
- 126 Stopp Verkauf von Anteilen städtischer Beteiligungen, bevor nicht konsequent rationalisiert wurde
- Zunächst müssen Rationalisierungsmaßnahmen greifen, die zu einem ausgeglichenen Haushaltsplan, zur Reduzierung von Schulden und zu messbaren und wirksamen Haushaltskonsolidierungen geführt haben (Stellenabbau, Ämterauflösung, Ämterzusammenlegungen, Abbau von Beauftragten und anderen Organisationseinheiten z. B. Diversity Management als Etikettenschwindel). Ein Negativbeispiel ist Dresden, das 2007 seine Wohnungsbaugenossenschaft (Woba, vergleichbar GAG) verkauft hat, danach schuldenfrei war, "weiter wie bisher" gemacht hat und jetzt wieder ohne Rücklagen und mit Schulden dasteht. Ein positiveres Beispiel ist die Stadt Braunschweig, die 10 Jahre lang Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau mit Rücklagenbildung betrieben hat und der sich wieder eintrübenden Weltkonjunktur besser stellen kann als Köln. Fazit für Köln: Haushaltskonsolidierung, Schuldenabbau und Entbürokratisierung sofort und mindestens das nächste Jahrzehnt durchhalten. Neubaustopp Priorität Infrastrukturerhalt!!!
- 127 Stopp Neubau Eifelwall für 44-Historisches Archiv und 4523 Kunst- und Museumsbibliothek
- Es ist überhaupt nicht zwingend, einen Neubau zu errichten. 44 und KMB bleiben mindestens 10 Jahre ohne Neubau in den vorhandenen Räumlichkeiten. Eventuell ist das zu räumende Museumsgebäude des Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubierring zu nutzen. Die KMB wird, wie von dem Kulturdezernenten vor einiger Zeit vorgeschlagen, eingespart oder in 43-Stadtbibliothek integriert. Die nächsten 10 Jahre werden dazu genutzt, moderne Technik im Archivwesen einzusetzen, die Bestände zu rekonstruieren und zu erschließen. Archivgut wird künftig streng auf Archivwürdigkeit geprüft. Die geringe Nutzung des Archivs ist zu berücksichtigen, um Fehlinvestitionen in Zukunft zu vermeiden.
- 128 Kalkberg
- Nicht nur aufgrund der Ölfunde am Kalkberg empfehle ich eine Neubewertung der möglichen Standorte. Die Verwaltung wird für zwei Tage beurlaubt um 500.000 EURO einzusparen. Der geschätzt knapp 12 Mio. Euro teure Kalkberg wird sich, wie so viele öffentliche Projekte, mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls verteuern. Alternativ könnten natürlich auch mindestens 24 weitere Zwangsurlaubstage für die Verwaltung angeordnet werden. Mit kopfschüttelndem Gruß, Gernot Krost
- 129 städtische Bauten, städtische Gesellschaften
- alle neuen Prestigebauten (Rheintreppe, Jüdisches Museum, neu Museen etc.) werden ersatzlos gestrichen.

Das gleiche gilt für Verschönerungen, (Vordach Philharmonie, Straßenumbau vor der Oper, Baptisterium u.ä.Vorhaben), die Zustände beseitigen sollen, die jahrzehntelang den Ansprüchen genügt haben. Bei der Oper ist auf Schnickschnack wie die Verwendung originaler Wandfarben, Displays in den Rücken-lehnen der Sitze u.ä. zu verzichten. Seit Jahrzehnten ist die Bauverwaltung nicht willens oder nicht in der Lage annähernd zutreffende Baukosten zu ermitteln. Hier sind personelle Konsequenzen dringend erforderlich. Seit Jahrzehnten ist die Bauverwaltung nicht in der Lage einen vernünftigen Bauverlauf bei Renovierungsarbeiten bzw. eine anschließende fachlich einwandfreie Abnahme der Mängel einschließlich der Beseitigung diesser Mängel zu garantieren. Die Erneuerung von Duschräumen in Turnhallen zieht sich ebenso Jahre hin, wie die Instandsetzung von Turnhallen (z.B. Gymnasium Kreuzgasse). Auch hier sind personelle Konsequenzen erforderlich. Auch im kleinen Umfange hat die Stadt zu sparen. Es muss unterbunden werden, dass auf den Wunsch von Bürgern Haarpins auch dort aufgestellt werden, wo es genügend Möglichkeiten zum Anketten von Fahrrädern gibt, bzw. dass diese Pins den Fußgängern im Wege stehen (Lenauplatz) Die wenigen Mittel der Stadt sind dazu zu verwenden, dass Turnhallen, Kindergärten, Straßen etc. in Ordnung gehalten werden. Bei dem Einsturztrichter am Waidmark sollte geprüft werden, weshalb der Besichtigungsschacht nicht schon vor der Verfüllung der Grube angebracht werden konnte bzw. weshalb man den Schacht braucht, damit Taucher im Grundwasser nach der Schadensursache suchen und sie dies nicht schon konnten als die Grube noch offen war. Die Reduzierung der Baukosten ist notwendig, da abzusehen ist, dass der Neubau des Archivs wesentlich teurer werden wird als von der Stadt angegeben. Auch die "Deckelung" der Kosten für Oper und Schauspielhaus ist nichts Blabla. Es wird teurer. Ich sehe auch keine Möglichkeit, dass die Stadt aus dem Unglücksfall Waidmannsmarkt ungeschoren davon kommt. so dass hier von einer potentiellen Zahlungspflicht auszugehen ist. Bei den städtischen Gesellschaften sind Gemeinkostenwertanalysen durchzuführen, die insbesondere bei der GEW zu Einsparungen von nicht unter 10 % der Beschäftigten führen dürften. Die Gehälter der Leitungsebene sind zu deckeln, da bei den Gesellschaften, die sich nicht im freien Markt tummeln, die Verantwortung überschaubar ist. Von neuen Versorgungsgesellschaften, wie für Herrn Streitberger, ist künftig Abstand zu nehmen. Die Leitungsgremien sind in Zukunft nicht mit verdienten Parteimitgliedern, sondern mit Kaufleuten bzw. Technikern zu besetzen, die über entsprechende langjährige Berufserfahrungen verfügen.

- | | | |
|-----|-------------------------------|--|
| 130 | Energiekosten minimieren | Straßenlaternen mit neuen Leuchtstoffmitteln versehen, Anzahl der Straßenlaternen, die in Betrieb sind minimieren (jede 2 Lampe aktiv)/ Parkscheinautomaten und Straßenlaternen mit Solarenergie |
| 131 | Zusammenlegung von Dezernaten | Das Dezernat für Wirtschaft und das Dezernat für Finanzen sollte zusammengelegt werden. |
| 132 | Zusammenlegung von | Die Ämter "15" (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) und |

	städtischen Ämtern	“61” (Stadtplanungsamt) sollen zu einem Amt zusammengefügt werden.
133	Vordach der Kölner Philharmonie	Eine Investition in ein Vordach sollte getrost warten können.
134	Verkauf des Fussballstadions	Keine Steuergelder mehr für den FC und die Mietvergünstigungen aufkündigen. Kann der FC sich nicht tragen-wird das Stadion verkauft- evtl an Bayern München oder andere erfolgreiche, solvente Vereine als Trainingscamp mit Erdung vermietet.
135	Keine Doppelstrukturen in der Verwaltung – z. B. untere Landschaftsbehörde	Sofern mehrere Dienststellen gleich gelagerte Aufgaben wahrnehmen – z. B. die untere Landschaftsbehörde im Umwelt- sowie im Grünflächenamt – sind diese zusammenzuführen. Die untere Landschaftsbehörde sollte in Planung (Landschaftsplan) und Vollzug beim Umweltamt gebündelt werden. Hierdurch lässt sich Personal einsparen und Abstimmungen (z. B. Baurunde) mit anderen Dienststellen werden einfacher
136	Stopp von Kunstkäufen	Presseberichten zufolge kauft die Stadt Köln, “zuschussunterstützt” trotz Deckungslücke im Haushalt von über 300 Mio. Euro ein 3 Mio. Euro wertvolles Gemälde. Das ist schuldenerhöhend und muss so lange unterbleiben, bis der Haushalt ausgeglichen, der Haushalt konsolidiert, die Schulden abgebaut und Köln wieder die Finanzierungsspielräume hat, um sich solche Kunstwerke leisten zu können. Einmal muss die Stadt Köln anfangen, zu begreifen, dass der “Weg weiter wie bisher” der falsche Weg ist.
137	Stopp Bildung eines Konsortiums Stadt Köln, GAG und weitere Partner zur “Rettung” von Chorweiler-Immobilien	Die maroden riesigen Schrottimmobiliien in Chorweiler sind offensichtlich wirtschaftlich nicht mehr zu unterhalten, alle Eigentümer sind bisher Immobilien Pleite gegangen. Nun soll ein unter der Regie der GAG und unter Beteiligung des Kölner Oberbürgermeisters im Zwangsvollstreckungsverfahren mitgeboten werden. Sollte das Konsortium den Zuschlag erhalten, wäre ein weiteres “Schuldenprojekt” auf dem Tisch. Lösungsvorschlag: Solide private Investoren nach Köln holen, den Abriss zulassen und mit reduzierten Baustandards Mietobjekte erstellen, die tragbare Mieten zulassen und dem Eigentümer eine angemessene Rendite bringen. Schuldenfinanzierte “Fördermittel” von wem auch immer, sollten ausnahmsweise mal tabu sein, denn “Fördermittel und hohe Baustandards” verführen zu “Heuschreckentum” = ich nehme die Fördermittel mit, tue nichts an der Bauunterhaltung, gehe in die Insolvenz und ziehe weiter.
138	Stopp Fördermittel in den “Butzweiler Hof”	Es muss das Ziel sein, dass sich die vorhandene Stiftung aus eigenen Mitteln trägt. Sollte das nicht möglich sein, dann könnte sich die hochverschuldete Stadt Köln von diesem “Lieblingsprojekt” verabschieden. Grundstücksreserven der Stadt Köln sind immer gut mit Blick auf die Zukunft. Die “Flughafenfans” sollten sich woanders tummeln, ohne Steuergelder zu verschwenden. Abschließend: Wer zählt die Museen in Köln, die sich aufgrund ihrer immer größer werdenden Zahl, gegenseitig die Besucher wegnehmen. Museen ohne Besucher sind jedoch zu teuer und zu sinnlos.
139	Stop LVR/Stadt Köln Lösung	Die Archäologische Zone und das Jüdische Museum wird,

Archäologische Zone Jüdisches Museum und späterer Integration in RGM und KM

wie von der Oppositionspartei CDU vorgeschlagen, so lange zurückgestellt, bis die Stadt Köln ihren Haushaltsplan mit den Deckungslücken von jährlich mehr als 300 Mio. Euro dauerhaft ausgeglichen hat und erkennbar Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau betreibt. Dabei sollte sie alle "Einsparungsmöglichkeiten" ausschöpfen, um schuldenfrei mit Rücklagen zu werden. Zugegeben, ein langer Weg liegt vor ihr, sie muss aber heute damit anfangen, sonst wird der Weg zu lang und dornenreich. Die schuldenfinanzierte Konstruktion der Aufgabenvermischung und Unverantwortlichkeitslösung Stadt Köln/LVR wird nicht realisiert. Nach 10 bis 20 Jahren wäre folgende Lösung denkbar: Die Stadt Köln erstellt in Eigenregie ohne "Zuschüsse von NRW, LVR und anderen Zuschussgebern" die Archäologische Zone und das Jüdische Museum. Die sich daraus ergebenden Aufgaben werden von dem vorhandenen Römisch-Germanischen Museum (RGM) hinsichtlich der Archäologischen Zone und von dem Kölnischen Stadtmuseum (KM) hinsichtlich des Jüdischen Museums wahrgenommen. Die Archäologische Zone und das Jüdische Museum werden personell und organisatorisch voll in das RGM und das KM integriert. Eine Verselbständigung von Archäologischer Zone und Jüdischem Museum wird dauerhaft ausgeschlossen. Die finanziellen und organisatorischen Vorteile dieser Lösung liegen auf der Hand. Es sind zwei Museumsdirektoren mit derzeit insgesamt 32,46 Mitarbeitern vorhanden, die fachlich in der Lage sein dürften, die zusätzlichen Aufgaben wahrzunehmen, die Stadt Köln würde aufhören, ihre vorhandenen Ressourcen zu verschwenden, indem immer neue Museen errichtet werden. Das Ansehen beider Häuser würde gehoben, zwei neue eigenständige Konkurrenz Museen würden vermieden. Der Trend des Besucherschwundes, der in den Kölner Museen durch ihre zu große Zahl eingetreten ist, könnte durch diese Maßnahme im Trend gestoppt werden. Die "Infos zum Kölner Haushalt 2012" zeigen, dass die Stadt Köln ihre Personalkapazitäten nicht ausreichend ausnützt, sie sucht ihr Heil in immer neuen Museen, Ämtern und Einrichtungen. Es gibt einfach zu viele, auflösen und zusammen legen wäre ein dringender Weg zum Schuldenabbau. Beispielhaft sei hier genannt: 4520-NS-Dokumentationszentrum läuft als eigenständiges Museum mit eigenem Museumsdirektor und entsprechendem Personal. Eine Stadt Köln die sparen muss, könnte das bisher selbständige Zentrum in das vorhandene Kölnische Stadtmuseum integrieren. Eines Museumsdirektors bedarf es dabei nicht, der Abteilungsleiter NS-Zentrum würde sicherlich nicht "verhungern" der Personaleinsatz wäre im Kölnischen Stadtmuseum besser zu lösen. Dass der LVR und die Stadt Köln schon jetzt von zwei eigenständigen Museen Archäologische Zone und Jüdisches Museum ausgehen, dass zeigt der Stellenplan, der für die Archäologische Zone bereits zwei wissenschaftliche Mitarbeiter im höheren Dienst ausweist.

140 Lob für das Forum an die CDU

An dieser Stelle sei der CDU für dieses Forum ein außergewöhnliches Lob ausgesprochen. Daß sich eine Partei, in Köln in der Opposition stehend, Gedanken über das Sparen in der Stadt Köln macht bzw. ein neues Gestalten durch die Bürger fördert, entspricht nicht dem normalen Verhalten: Üblicherweise werden leider, in der

Opposition stehend, Gedanken über "Ausgeben aus dem Füllhorn" und andere Forderungen entwickelt, sic Berlin: wo Mindestlohn, Mindestrente und allgemeines Grundeinkommen sowie sonstige, zu Lasten Dritter oder aus neuen Schulden zu finanzierende Wohltaten von Linken, Grünen, Piraten und Roten bis zur Besoffenheit über die potentiellen Wählerschichten ausgeschüttet werden. Daß die Kölner CDU hier wohltuend im Kontrast steht und den Gemeinsinn im Auge hält, hebt sie ab und verdient Anerkennung und Lob. Ob dies wie auch die neue, viel bessere Internet-Kommunikation dem neuen Kreisvorsitzenden Bernd Pettelkau zuzuschreiben sind, vermag ich nicht zu sagen, ist aber als vorbildlich zu bewerten.

141 Aufgabenkritik städtischer Bereich "Spiel- und Freizeitpädagogik

Es ist schon erstaunlich, welche Aufgaben die Stadt Köln wahrnimmt. Der Sozialismus galoppiert ungestört durch Köln, ohne dass die vollmundigen Ankündigungen "Aufgabenkritik" in Angriff genommen werden. Einzelheiten dazu im Kölner Stadtanzeiger vom 20.12.2012, Seite 26 Artikel "Ältere sind oft unsicher". Vorschlag: Soll doch die Verbraucherzentrale NRW in Anspruch genommen werden, die hochverschuldete Stadt Köln sollte dazu kein Personal und keine Sachkosten vorhalten.

142 Stopp SPD-Plan für eine externe Lösung Sportstätten GmbH mit Integration in Stadtwerkekonzern

vgl. Artikel Kölner Stadtanzeiger "Neuer Vertrag mit Hans Rütten kein Thema" Was früher noch möglich war, einen Geschäftsführer der Sportstätten GmbH mit einem extrem hohen Gehalt von rund 200.000 Euro zu bezahlen, das mehr als die Besoldungsstufe B 11 des Oberbürgermeisters von Köln (181.256,94 Euro) ist, sollte unter den Zwängen des Haushaltsausgleichs, der Haushaltskonsolidierung und des Schuldenabbaus nicht mehr möglich sein. Das gilt auch für den künftig unter Wettbewerbsbedingungen arbeitenden Stadtwerkekonzern, der künftig wahrscheinlich nicht mehr jährlich 150 Mio. Gewinne zur Verlustabdeckung von KVB, KölnBäer GmbH und Stadt Köln erwirtschaften kann. Der SPD-Geschäftsführer denkt an eine Teilung und an externe Lösungen. Denkbar wäre jedoch, alternativ eine interne Lösung zu betrachten: Wenn die Stadt Köln den Bereich Sport als eine ihrer Kernaufgaben wahrnehmen würde mit dem Handlungsziel der "Sportstadt Köln", dann könnte man das derzeit dreigeteilte Sportamt der Stadt Köln wieder mit Inhalt und substantiellen Aufgaben füllen. Notwendig wäre dazu lediglich, ein befähigter und motivierter Sportamtsleiter in der Besoldungsgruppe A 16 Leitender Stadtverwaltungsdirektor (ist vorhanden im Rumpfsportamt) oder Angestellten in der vergleichbaren Vergütungsgruppe I, einen befähigten und motivierten Abteilungsleiter einer kleinen aber leistungsfähigen Verwaltung, der mit leistungsfähiger Datenverarbeitung gut vernetzt auch die schwierigsten Verwaltungsaufgaben löst, ein befähigter und motivierter Abteilungsleiter Sport und ein befähigter und motivierter Abteilungsleiter Bäder. Die Integration der derzeitigen KölnBäder GmbH würde einen weiteren hochbezahlten Geschäftsführer mit einem Jahresgehalt von 221.000 Euro entbehrlich machen, ein weiteres Oberbürgermeistergehalt + 40.000 Euro würde "echt" wegfallen. Es würden sich bei dieser "Sportamtslösung" Synergieeffekte ergeben: Das Sportamt wäre eingebunden in ein Dezernat Bildung, Jugend und

Sport, geleitet von einem befähigten und motivierten Dezernenten/Dezernentin. Es bestehen enge Verbindungen des Sportamtes zu dem Hochbauamt, Dezernent/Dezernentin unterhält enge Kontakte zu dem Baudezernenten, um den Erhalt der vorhandenen Bäder- und Sportinfrastruktur sicherzustellen. Dabei wäre ein mehrjähriger Neubaustopp mit Priorität auf bauliche Unterhaltung der Sport- und Bäderinfrastruktur notwendig. Der Oberbürgermeister ist sportbegeistert und hat die Vision, Köln wieder zum alten Glanz "Sportstadt Köln" zu entwickeln. Er lässt dem Sportbereich Zeit, sich zu konsolidieren, sich zu vernetzen und sich auf das Ziel Sportstadt Köln handelnd auszurichten. Prioritäten werden vom Sportamt in Abstimmung mit dem Sportdezernat und dem Oberbürgermeister gesetzt. Der Rat würde sich auf Grundsatzbeschlüsse beschränken und nicht in die Geschäfte der laufenden Verwaltung eingreifen. Die Erfolge des Sports würden auch das Sportamt, das Sportdezernat und den Oberbürgermeister positiv beeinflussen. Der Rät wäre froh, eine leistungsfähige und erfolgreiche Sportverwaltung zu haben und würde aufhören, auf die Verwaltung einzuschlagen, weil der Rat weiß, dass seine Verwaltung ihr Bestes gibt. Es ist zu befürchten, dass die SPD-Fraktion weiterhin "Steuerersparnisse" und die bisherige Praxis der gebührenfinanzierten Verlustabdeckung durch Rheinenergie/GEW im Stadtwerkekonzern in den Mittelpunkt der Überlegungen stellt, die defizitären KölnBäder ohne Bäderschließungen im Stadtwerkekonzern belässt und mit Hilfe der Aufsichtsratsmandate der Kölner politischen Parteien die Integration in den Stadtwerkekonzern betreibt. Die Folge wäre, dass die unkoordinierte Sportlandschaft in ihrer Dreiteilung fortbesteht und eine sachgerechte und koordinierte Wahrnehmung der kommunalen Sportaufgaben nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich ist. Bei der Sportamtslösung wäre eine mutige Politik der Bäderschließungen und der Prioritätensetzungen zum Erhalt der erhaltenen Sport- und Bäderinfrastruktur koordiniert besser möglich. Der Sportbereich hätte die Chance, wieder leistungsfähig und erfolgreich zu sein, die Sportstadt Köln würde ihrem guten Ruf besser gerecht, weil alle an einem Strang ziehen von der Stadtverwaltung bis zum Oberbürgermeister mit Unterstützung des Rates. Mit freundlichen Grüßen Rolf Heinrichs

Ist es wirklich notwendig, dass die Müllentsorgung wöchentlich durchgeführt wird? Mülltrennung, Müllvermeidung etc. reduzieren immer mehr das Müllaufkommen, sodass die Container i. d. R. nicht wirklich voll sind. Ggfs. müssten größere Container eingesetzt werden. Durch effizientere Arbeit, durch die Optimierung der Prozesse, durch modernere Technik (z. B. im IT-Bereich) könnten in der Stadt Köln viele Stellen wegfallen. Das setzt eine betriebswirtschaftlich handelnde Verwaltungsspitze voraus, Parteipolitiker sind dazu meistens nicht geeignet.